

Gegenstimme wurde dieser Überweisung zugestimmt.

Meine Damen und Herren! Nach dem gestrigen Sitzungsmarathon bis in die frühen Morgenstunden und eingedenk der Tatsache, daß wir recht günstig in der Zeit liegen, schlage ich vor, bis 16.00 Uhr unsere Tagung zu unterbrechen, damit sich alle etwas regenerieren können.

(Unterbrechung der Sitzung)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höpner:

Wir fahren mit der Beratung fort.

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat sich darauf verständigt, daß die nächsten drei Tagesordnungspunkte zusammengefaßt behandelt werden. Ich rufe also auf

Antrag der Fraktion der PDS

- Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik

(Drucksache Nr. 181)

(1. Lesung)

Antrag der Fraktion der PDS

- betreffend militärpolitische Leitsätze der DDR im Prozeß der deutschen Vereinigung,

- Konversionsgesetz zur komplexen Regelung aller politischen, militärischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgen der Abrüstung

- Gesetz zur Wahrnehmung der staatlichen Fürsorgepflicht gegenüber den Berufssoldaten

(Drucksache Nr. 184)

(1. Lesung)

Antrag der Fraktion der PDS

- Gesetz zur Durchführung eines Volksentscheides über den sicherheitspolitischen und militärischen Status des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik in einem künftigen vereinigten Deutschland

(Drucksache Nr. 185)

(1. Lesung)

Ich bitte den Vertreter der Fraktion der PDS, den Abgeordneten Gysi, in die Vorlagen einzuführen.

Dr. Gysi für die Fraktion der PDS:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese drei Vorlagen haben natürlich einen bestimmten Zusammenhang, wenn sie auch von unterschiedlichem Gewicht sind. Ich will in der umgekehrten Reihenfolge versuchen, zu ihnen Stellung zu nehmen und sie hier für die 1. Lesung zu begründen.

Ich glaube, daß wir hinsichtlich der Frage eines Gesetzes zur Durchführung eines Volksentscheides über den sicherheitspolitischen und militärischen Status des Territoriums der DDR in einem künftig vereinigten Deutschland ausgehen müssen von der veränderten Grundsituation in Europa und von den Zeichen, die wir im deutschen Einigungsprozeß setzen wollen. Es ist ganz offensichtlich, daß der Ost-West-Konflikt sich wesentlich entschärft hat und wesentlich abgebaut worden ist. Es ist ganz offensichtlich, daß es ein Bedürfnis gibt, die militärischen Blöcke, die gegeneinander stehen, zu überwinden und neue gesamteuropäische Sicherheitsstrukturen zu schaffen mit wesentlich weniger Rüstung und wesentlich weniger Militär.

Das würde auch ermöglichen, eine Vielzahl sozialer und ökologischer Aufgaben zu erfüllen und auch die Widersprüche zur Dritten Welt abzubauen und Lösungsmodelle hier zu erarbeiten, auch zu Fragen der Ökonomie und Fragen der Ökologie, die ja in diesem Zusammenhang stehen.

Und nun passiert in diesem europäischen Einigungsprozeß, den wir alle erleben, folgendes, daß zunächst die beiden deutschen Staaten sich vereinigen. Wichtig scheint uns zu sein, daß von diesem deutschen Einigungsprozeß ein klares Signal an Europa ausgeht: Das ist ein Prozeß, der nicht etwa gegen Europa gerichtet ist, der nicht darauf gerichtet ist, militärische oder andere Vormachtstellungen zu erreichen, sondern das ist ein Prozeß, der den Einigungsprozeß in Europa selbst beschleunigen will und der militärstrategisch kein anderes Gewicht schafft, als es vorher gab, sondern im Gegenteil zum Abbau eben dieser Konfrontation beiträgt.

Es wäre nach unserer Auffassung insofern fatal, wenn einfach eine Ausdehnung der NATO auf das Territorium der DDR stattfinden würde im Rahmen dieses Vereinigungsprozesses. Es wäre auch ein falsches Signal gegenüber den europäischen Nachbarvölkern.

Außerdem muß man natürlich die Entwicklung in der DDR sehen. Man muß auch sehen, daß hier die Jugend bestimmte Übergangsphasen auch im Umdenken braucht, daß also hier nicht einfach, sagen wir mal, so ein Verwechselfeld organisiert werden kann. Man muß auch die Besonderheiten Westberlins sehen, das ja bekanntlich frei war von Rüstung und keine Wehrpflicht kannte. Das alles, glaube ich, ist ein wichtiger Zusammenhang.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Regierungserklärung von Ministerpräsident de Maiziere vom 19. 4. 1990. Er hat gesagt: Es ist die Aufgabe der Regierung der DDR, eine Politik zu verfolgen, die den Prozeß der Ablösung der Militärbündnisse mittels bündnisübergreifenden Strukturen als Beginn eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems fördert. Ein europäisches Sicherheitssystem mit immer weniger militärischen Funktionen ist dabei unser Verhandlungsziel. Er hat gesagt: Auf dem heutigen Gebiet der DDR wird sich für eine Übergangszeit neben den sowjetischen Streitkräften eine stark reduzierte, strikt defensiv ausgerichtete NVA befinden, deren Aufgabe der Schutz dieses Gebietes ist. Die Regierung der DDR strebt eine drastische Reduzierung aller deutschen Streitkräfte an. Die DDR verzichtet auf die Herstellung, Weitergabe, Besitz und Stationierung von ABC-Waffen und strebt Entsprechendes im geeinten Deutschland an. - Soweit das Zitat.

Dieser Regierungsverpflichtung sind wir meines Erachtens, also zumindest die Koalition, verpflichtet, die Opposition nicht ganz so, aber wir tragen diesen Grundgedanken, der hier zum Ausdruck kommt. Zwischen Bundeskanzler Kohl und Präsident Gorbatschow ist im Kaukasus vereinbart worden, daß das deutsche Volk selbst souverän entscheidet über Bündniszugehörigkeit und ähnliche Fragen. Das ist ja noch keine klare Orientierung. Bundeskanzler Kohl hat in diesem Zusammenhang den Wunsch seiner Regierung bekanntgegeben und die Vermutung geäußert, daß die Regierung der DDR einen gleichen Wunsch hegt. Aus der Regierungserklärung konnte man einen solchen Wunsch nicht entnehmen. Möglicherweise geht das auf telefonische Kontakte zurück. Das will ich auch nicht weiter nachprüfen. Ich sage nur, wenn wir die Chance haben, den Souverän entscheiden zu lassen, dann sollten wir den Souverän auch entscheiden lassen, und zwar durch einen Volksentscheid. Natürlich würden wir für die zweite Lösung eine Veränderung des Datums beantragen, weil der 14.10. nun nicht mehr geht. Durch den Beitritt zum 3.10. müßte das also früher stattfinden. Das werden wir dann einbringen. Die Frage, die wir unseren Bürgerinnen und Bürgern stellen wollen, ist eben die Frage, ob das Territorium der DDR in die militärischen Strukturen und Aktivitäten der NATO einbezogen wird oder nicht, ob Streitkräfte und Rüstungen der NATO einschließlich von Einheiten der Deutschen Bundeswehr auf dem Territorium stationiert werden sollen und ob nukleare, chemische, biologische und andere Massenvernichtungswaffen nach Abzug der sowjetischen Truppen zu irgendeinem Zeitpunkt noch auf diesem Territorium stationiert werden. Natürlich entsteht damit eine gewisse Differenziertheit zunächst zum Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Darüber bin ich mir im klaren. Aber ich gehe davon aus, daß wir hier ein Signal setzen würden, das auch von der Mehrheit der Bevölkerung der Bundesrepublik respektiert werden würde und das darauf hinausläuft, diese Blöcke überhaupt zu überwinden und gesamteuropäische Strukturen zu schaffen. Wenn sich alle zu diesem Ziel bekennen, dann frage ich mich, warum der Umweg sein soll, erst noch einmal hier NATO zu schaffen, bevor man dann die NATO überwindet, um gesamteuropäische Strukturen zu schaffen, dann kann man doch für dieses Territorium und seine Bürger gleich darauf verzichten, um genau nicht ein Signal in die falsche Richtung zu geben. Alle Argumente, lassen Sie mich das zu dieser Vorlage als Letztes sagen, die dagegen sprechen, können doch an die Bürgerinnen und Bürger herangetragen wer-